

Rede von Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen lieber Frank Werneke, liebe Andrea Kocsis, liebe Christiane Behle, liebe Martina Rößmann-Wolf, liebe Monika Brandl, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin erst mal unglaublich dankbar, dass ihr netterweise mir die Möglichkeit einräumt hier zu reden, weil ich eins ganz dringend loswerden muss.

Lieber Frank Werneke, ich habe was von deiner Rede mitbekommen. Ich habe aber vor allen Dingen dein Wahlergebnis mitbekommen. Und ich möchte ganz, ganz herzlich gratulieren. Wir kennen uns alle schon ein paar Jahre. Frank und ich haben in verschiedensten Stellen auch zusammen gelebt (Gelächter) – nicht gelebt, aber gekämpft. Also, wir sind ja eine moderne Gesellschaft. Wir haben bei einem Gremium zusammengesessen, dem ZDF-Fernsehrat. Und das kam einem vor wie eine ganz furchtbare WG, das kann ich euch sagen. (Lachen) Aber ich habe Frank kennengelernt als jemanden, der eine starke Überzeugung hat, eine starke Überzeugungskraft. Und deshalb herzlichen Glückwunsch zu dem wunderbaren Ergebnis und auf gute Zusammenarbeit. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob man mich hören kann, aber ich will auch Frank Bsirske ansprechen. Der ist schon oft gerühmt worden in den letzten Tagen und keiner kann das schöner als der Bundespräsident, der das auch getan hat. Aber ich möchte von Herzen sagen, dass ich Frank dankbar bin für die intensive Zusammenarbeit, vor allen Dingen in den letzten zwei Jahren und für seine Arbeit. Er hat Gewerkschaftsgeschichte in Deutschland geschrieben. Ohne ihn würde es den gesetzlichen Mindestlohn nicht geben. Deshalb ganz, ganz herzlichen Dank an Frank Bsirske und an seine Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und von Frank zu Frank. Ich habe Frank Werneke eben gesagt, da musst du jetzt auch 18 Jahre Vorsitzender werden. Ich bleibe genauso lang Arbeitsminister, dann bin ich länger im Amt als Norbert Blüm. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in dieser Zukunft. (Beifall)

Aber ich bin nicht nur hier, um Glückwünsche auszurichten und euch zu grüßen, wie man das in Grußworten immer so tut. Sondern ich möchte ganz ernsthaft über die Frage sprechen, was in unserer Gesellschaft gerade los ist. Ich bin im letzten Jahr sehr, sehr viel unterwegs gewesen, weil wir als Bundesministerium für Arbeit und Soziales versucht haben, in einem Bürgerinnen- und Bürgerdialog, im Gespräch mit Gewerkschaften, mit Wissenschaft – auch mit Unternehmen – uns Gedanken zu machen über die Zukunft der Arbeit, die Zukunft des Sozialstaats.

Ich muss euch aber sagen, dass ich im letzten Jahr, auch bei diesen Reisen durch unser Land, ein Land voller Widersprüche erlebt habe. Auf den ersten Blick haben wir die Situation am Arbeitsmarkt, die viel besser ist als in der Vergangenheit. Es gibt einige, die sagen, ich müsste der glücklichste Arbeitsminister im Vergleich zu meinen Vorgängerinnen und Vorgängern sein, wenn ich einmal im Monat die Zahl aus Nürnberg auf den Tisch bekomme.

Es ist richtig, wir haben den höchsten Stand auch sozialversicherungspflichtiger Arbeiter seit der Deutschen Einheit. Wir haben die zweitniedrigste Erwerbslosenquote in der Europäischen Union. Aber – liebe Genossinnen und Genossen hätte ich beinahe gesagt – , das darf ich hier aber nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muss heute mit meiner Sprache ein bisschen vorsichtig sein. Ich neige zu Verwechslungen. Ich will euch sagen, was ich erlebe ist, dass Statistik nicht viel aussagt. Ja, es haben Menschen von diesem Boom seit der Finanzkrise auch profitiert, auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber wir haben viel zu viele Menschen, an denen dieser Boom in den letzten Jahren vorbeigegangen ist. Und das müssen wir ändern. (Beifall)

Ein Land voller Widersprüche heißt auch, dass nicht nur die, die den Boom nicht erlebt haben, sondern auch viele, denen es eigentlich ganz ordentlich geht, vor allen Dingen eines erleben, dass sie sich Sorgen um die Zukunft machen. Die Frage, wie es weitergeht in einer Welt, in der sich beschleunigt gleichzeitig vieles ändert. Und wir erleben auch, dass mittlerweile politische Scharlatane diese Ängste schüren, die Gesellschaft spalten und daraus ein politisches Geschäftsmodell gemacht zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere gemeinsame Aufgabe ist es, diese Rechtsradikalen und neuen Nazis zurückzudrängen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Demokratie offenbleibt. (Beifall) Und ich sage das auch mit Blick auf die Art und Weise, wie inzwischen der öffentliche Diskurs stattfindet. Es gab vor einigen Tagen ein Urteil in Berlin in Bezug auf Hate Speech gegenüber unserer Grünen-Kollegin Renate Künast. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut in unserer Gesellschaft. Aber Beleidigungen und Volksverhetzung und Niedermachen von Demokratinnen und Demokraten, das zeigt Grenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und dagegen müssen wir uns auch stellen. (starker Beifall)

Versteht mich nicht falsch. Ich halte es nicht für sinnvoll, wirklich ernsthaft mit überzeugten Nazis zu diskutieren. Da ist es sinnvoller, eine Parkuhr voll zu quatschen als mit einem Nazi zu diskutieren. (Beifall) Die sind in ihrem eigenen Tunnel.

Aber was wir ernsthaft auch für uns überlegen müssen mit Blick auf das, was wir zum Beispiel an Wahlergebnissen hier in Sachsen, vor allen Dingen im Osten Sachsens, und in Brandenburg erlebt haben, ist: uns um die Leute zu kümmern, die angefangen haben, sich aus Frust politisch zu verirren.

Ein großer amerikanischer Präsident, und glaubt mir, es gab mal große amerikanische Präsidenten, ich meine nicht den jetzigen (Beifall), der hat in einer ganz anderen Zeit mal den großartigen Satz gesagt: „Wir haben nichts so sehr zu fürchten, wie die Furcht selbst.“ Das war Roosevelt 1933 in der großen Depression.

Wir sind im Vergleich dazu heute nicht wirklich in einer großen, wirtschaftlichen Depression. Aber wir müssen feststellen, dass sich viele Menschen Sorgen machen, wie es weitergeht. Und deshalb ist es unsere Aufgabe, und wenn ich von uns rede, meine ich uns als Demokratinnen und Demokraten, euch als Gewerkschafterinnen und

Gewerkschafter, und uns als Demokratinnen und Demokraten meine ich dann auch für mich als Sozialdemokrat, dafür zu sorgen, dass wir den Menschen nicht vormachen, dass wir sie vor dem Wandel, der jetzt da ist, beschützen können. Das können wir nicht.

Aber dass wir Chancen und Schutz in Zeiten des Wandels organisieren, ist das beste Mittel um diesen rechtsradikalen Brüdern den Boden der Angst zu entziehen. Wir wollen realistische Hoffnung in diesem Land. Und nicht Angst und Spaltung. Das ist unsere Antwort auf rechts: Wir müssen ihnen den Boden entziehen. (lebhafter Beifall)

Und das betrifft auch die Zukunft der Arbeit. Wir haben, ich habe es vorhin gesagt, auf den ersten Blick super Zahlen am Arbeitsmarkt. Aber das sind Durchschnittsbetrachtungen für Deutschland. Und es soll ja auch schon mal Menschen gegeben haben, die in einem durchschnittlich 30 Zentimeter tiefen Fluss ertrunken sind. Durchschnitte sagen nichts über Untiefen aus.

Und ja, wir haben regionale Unterschiede am Arbeitsmarkt, die sind gewaltig. Zwischen Eichstätt in Bayern mit Vollbeschäftigung, 1,4 Prozent Arbeitslosigkeit, und Gelsenkirchen mit fast 13 Prozent Arbeitslosigkeit, haben wir heftige Pole. Und bei aller Freude darüber, dass die Kurzarbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Wir haben immer noch viel zu viele Menschen, und ich nenne sie Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Land in verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt sind. Und das müssen wir ändern. Und wir haben damit begonnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Seit dem ersten Januar gibt es den sozialen Arbeitsmarkt. Weil wir gelernt haben, dass Kolleginnen und Kollegen, die ganz, ganz lange draußen sind, nicht mit kurzatmigen Maßnahmen oder mit Scheinbeschäftigung wieder an Arbeit kommen. Die brauchen dauerhafte, auch öffentlich geförderte Beschäftigung. Und wir schaffen diese Perspektiven. Seit dem ersten Januar sind 30.000 Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit gekommen. Und ich möchte ver.di ganz herzlich danken – auch den Kolleginnen und Kollegen, die in den Jobcentern diese Arbeit machen –, dass wir durchgesetzt haben, dass die Basis nicht nur der Mindestlohn ist, sondern dass Tariflöhne die Grundlage für den sozialen Arbeitsmarkt in Deutschland sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und 30.000 Menschen, das ist auch wieder nur eine statistische Zahl. Wenn man dann Leute trifft, und ich habe Leute getroffen, die nach vielen Jahren draußen wieder reinkommen. Dann weiß man, was das für die Menschen bedeutet. Ich war in Heidelberg, habe einen Mann kennengelernt, der 23 Jahre lang arbeitslos war. Der ist jetzt Mitte 40, und der ist durch eine ganz tragische Geschichte arbeitslos geworden. Der war damals noch ganz jung und seine Eltern sind zu früh gestorben. Den hat das aus der Bahn gehauen. Der hat dann die Arbeit verloren. Der hat irgendwann auch seine Wohnung verloren, ist obdachlos geworden. Der war ganz, ganz lange draußen. Und ist jetzt über den sozialen Arbeitsmarkt wieder reingekommen. Der ist Hausmeister geworden in einer Schule. Und – es klingt fast wie ein Märchen – sogar in einer Waldorfschule. Aber es geht nicht um Romantik, sondern, wenn man diesem Mann in die Augen guckt, dann weiß man, für den ist Arbeit mehr als Broterwerb. Es ist Teilhabe am Leben. Es ist, Kolleginnen und Kollegen, zu haben. Es ist, was zu leisten. Es ist, gebraucht zu werden.

Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für diese Gesellschaft und Zusammenhalt dieser Gesellschaft mehr als Broterwerb. Und das dürfen wir nicht vergessen in diesem Wandel. (Beifall) Und jetzt diskutiert ihr auf diesem Kongress, die gesamte Gesellschaft tut das, über die große Transformation, in der wir uns schon befinden. Über die Zukunft der Arbeitswelt in Zeiten der Digitalisierung, des technischen Wandels. Und auch über die Notwendigkeit, gegen den menschengemachten Klimawandel vorzugehen.

Und wir wissen alle, das wird kein Spaziergang in den nächsten Jahren. Ich glaube, dass man mit Fug und Recht sagen kann: Nach allem, was wir wissen, wird uns auch in diesem Wandel in Deutschland die Arbeit nicht ausgehen. Das ist die gute Nachricht. Aber die anstrengende Nachricht ist, es wird in vielerlei Hinsicht andere Arbeit sein.

Ich komme aus einer niedersächsischen Kleinstadt. Die heißt Peine. Mal Hand hoch von euch, wer kennt Peine? So, der Rest hat was verpasst. Das ist meine wunderbare Heimatstadt. (Heiterkeit)

Ich bin jetzt 46 Jahre alt. In meiner Kindheit und Jugend waren in dieser 50.000-Einwohner*innen-Stadt, in Peine, noch 10.000 Menschen im Stahlwerk beschäftigt. 10.000 Familien hingen in meiner Heimatstadt, einer 50.000-Einwohner-Stadt, am Stahl. Heute sind es 800. Das heißt, die Geschichte meiner Heimatstadt, meines Lebens, ist die von dem Strukturwandel der Arbeit. Und wir haben das nach bitteren Zeiten, 16, 17 Prozent Arbeitslosigkeit, eigentlich ganz gut hinbekommen. Wir sind heute unter Bundesschnitt fünf Prozent.

Ich bin dann aber als Niedersachse in den 90er Jahren nach Brandenburg gegangen. Und was ich da erlebt habe, in den Zeiten, in denen Regine Hildebrandt unvergessene Arbeitsministerin in Brandenburg war, das war nicht Strukturwandel der Arbeit, das war das Zusammenschmelzen von Arbeit in wenigen Tagen.

Und ich befürchte, vieles, was wir heute an gesellschaftlichen Debatten im 30sten Jahr des Mauerfalls gerade in Ostdeutschland haben, hat nicht mit 40 Jahren DDR zu tun, sondern mit dieser existenziellen Erfahrung in den 90er Jahren. Das hat bis heute Spuren hinterlassen in den Biografien, in den Seelen vieler Menschen, das dürfen wir nicht vergessen. (Beifall) Diese Erfahrung vom Strukturwandel der Arbeit und Strukturbrüchen, die müssen wir im Kopf haben, wenn wir jetzt an die Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Wenn wir zum Beispiel dafür sorgen müssen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von heute auch die Chance haben, die Arbeit von morgen machen zu können.

Und, um es deutlich zu sagen, wir haben keine Gewissheiten, wie sich in den nächsten Jahren der Arbeitsmarkt sich wirklich entwickelt. Das kann niemand behaupten. Es gibt Arbeitsmarktstudien noch und nöcher auf der Welt über die Arbeit in der Digitalisierung. Als Niedersachse fasse ich die mal niedersächsisch zusammen: Die einen sagen so, die anderen sagen so. Von ganz wunderbaren Perspektiven und euphorischen Lösungen bis hin zu ganz furchtbar apokalyptischen Untergangsszenarien über die Zukunft der Arbeit.

Wir haben keine Gewissheiten, aber wir haben ein paar plausible Annahmen, wie sich das in den nächsten Jahren in Deutschland entwickeln kann.

Wir haben mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit ein Fachkräfte-Monitoring und haben jetzt jedenfalls ein Szenario, wie das in den nächsten sechs Jahren weiter gehen kann. Und danach werden wir erleben, dass durchaus menschliche Arbeit durch technischen Fortschritt ersetzt wird. Wir rechnen damit, dass wir durchaus 1,3 Millionen Arbeitsplätze in diesem Wandel verlieren können.

Aber gleichzeitig werden ungefähr 2,1 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Das alles in sechs Jahren! Und sehr unterschiedliche Arbeitsplätze, ihr wisst das besser als ich, in den verschiedenen Bereichen.

ver.di mit 100 verschiedenen Zweigen und Berufen, weiß, wie vielfältig dieser Wandel ist. Ob das die Kolleginnen und Kollegen sind, die vorne einen Stand haben von Eurogate, die diesen Wandel im Hafen von Hamburg schon hinter sich haben und erleben, was es bedeutet, wenn da voll automatisiert gefahren wird, und es wunderbar hinbekommen haben, diesen dramatischen Wandel im Hamburger Hafen durch Tarifverträge, durch Mitbestimmung so zu gestalten, dass das ein Strukturwandel und kein Bruch war, dass man Arbeitszeit verkürzt hat, dass man auf Qualifizierung gesetzt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von diesem Hamburger Hafen können und müssen wir viel lernen, wenn es um diesen Wandel geht. Strukturwandel ja, Strukturbrüche nein, muss unsere Antwort sein, wenn es um die Zukunft der Arbeit geht. (Beifall)

In anderen Bereichen erleben wir nicht, dass die Arbeit verschwindet, aber dass sie anders sein wird. Und da geht es ganz handfest, wenn ich bei euch an die Kolleginnen und Kollegen denke, die im Handel organisiert sind, um die Frage, was wird eigentlich aus den Menschen, die heute an der Kasse arbeiten, wenn morgen die Digitalisierung der Kassen kommt. Oder was wird mit den Kolleginnen und Kollegen, die im Callcenter tätig sind, wenn wir demnächst da anrufen und nicht mehr wissen, ob wirklich noch ein Mensch an der anderen Leitung ist – wennman durchkommt (Heiterkeit) – oder ein intelligentes Spracherkennungsprogramm – man nennt es künstliche Intelligenz. Was wir aber beantworten müssen, ist, was aus den Menschen wird. Und das heißt für den einen oder anderen, da werden wir ganz konkret nicht nur auf Weiterbildung, wir werden auch auf Umschulung setzen.

Und dann gibt es einen Bereich, in dem ihr besonders stark seid und stärker werden müsst, darf ich hinzufügen: Der gesamte Bereich sozialer Dienstleistung von Menschen für Menschen. Gesundheit, Bildung und Pflege, da wird die Nachfrage nach menschlicher Arbeit nicht nur nicht weniger, sondern sie wird mehr werden in der älter werdenden Gesellschaft. Aber da ist der Fachkräftemangel hausgemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir zum Beispiel in der Altenpflege weiter so schlecht bezahlen und so

schlechte Arbeitsbedingungen haben, dann darf man sich nicht wundern über Fachkräftemangel in diesem Bereich. (Beifall)

Und in diesem Bereich ist genug der guten Worte. Der Hintergrund, warum es in der Altenpflege so ist, wie es ist, ist ganz einfach. Nur 20 Prozent der Beschäftigten in der Altenpflege in Deutschland – und man muss vor allem von Kolleginnen reden – sind tarifgebunden. Und es gilt immer noch, wo es einen Tarifvertrag gibt, sind die Arbeitsbedingungen und Löhne in der Regel besser. Jetzt habt ihr euch aufgemacht gemeinsam mit Partnern auf der Arbeitgeberseite – hoffentlich – endlich einen Tarifvertrag auf die Beine zu stellen.

Das ist nicht eure Schuld, sondern die Arbeitgeberlandschaft ist so zersplittert. Zwischen freier Wohlfahrtspflege, zwischen kirchlicher Wohlfahrtspflege, zwischen privaten Anbietern und zwischen Kommunen. Jetzt haben sich zumindest mal die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische, auch die Kirchen aufgemacht, sich mit euch hinzusetzen und einen Tarifvertrag hinzubekommen.

Und wir haben das Gesetz jetzt geändert, wir bringen das auf den Weg, damit, wenn dieser Tarifvertrag zu Stande kommt, ich den für allgemein verbindlich erklären kann, und zwar leichter allgemein verbindlich für ganz Deutschland für die Altenpflege. (Beifall)

Aber es gibt welche, die das bekämpfen. Einige private Pflegedienste und private Pflegeunternehmen und manche große Plattform, die damit richtig Geld verdient, engagieren sich, um das kaputtzumachen. Und interessanterweise haben die sich – wie sagt man in Berlin? – einen Interessenvertreter engagiert, der ihre Interessen durchsetzen soll. Das ist Rainer Brüderle. Kennt ihr den noch? Und er sagt, wenn ich einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erkläre, dann sei das so eine Art Staatssozialismus. Ich kann nur sagen, vorsichtig an der Bahnsteigkante! Mit den Menschen kann man so nicht umgehen.

Aber es ist auch aus Sicht der Unternehmen unvernünftig, die Lohn- und Gehaltsbedingungen so schlecht zu lassen. Wir müssen das ändern, sonst gibt es keine Fachkräfte mehr in diesem Bereich. Das müssen wir denen klarmachen! (Beifall) Deshalb ist mein präferierter Weg, dass wir das mit dem Tarifvertrag hinbekommen. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt nicht vollständig in meiner Hand, weil ich keine Tarifverträge mache. Und weil dieser Tarifvertrag, auch wenn wir den jetzt leichter für allgemeinverbindlich erklären können, weil wir das Gesetz geändert haben, repräsentativ sein muss. Das heißt, es müssen genug Arbeitgeber mitmachen und es müssen genug Beschäftigte unter den Tarifvertrag fallen. Ich hoffe aber, dass das gelingt im nächsten Jahr. Wenn das nicht gelingt, will ich trotzdem nicht tatenlos zusehen. Wenn das nicht zustande kommt, dann werden wir mit gesetzlichen Lohnuntergrenzen und nicht nur einem Mindestlohn unten, sondern auch für qualifizierte Pflegekräfte dafür sorgen, dass die Lohn- und Gehaltsbedingungen tatsächlich besser werden. Auch das steht als Möglichkeit im Gesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir können nicht noch zehn Jahre warten! (Beifall)

Wenn wir über die Zukunft der Arbeit reden, dann geht es darum, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von heute die Arbeit von morgen machen können. Dann werden wir diese Transformation gemeinsam gestalten und gestalten müssen. Und das betrifft vor allen Dingen auch das Thema der Qualifizierung und der Weiterbildung.

Das klingt so dröge und trocken. Aber das muss unser großes, gemeinsames Anliegen und Thema sein. Dass wir die Kolleginnen und Kollegen befähigen, auch die Arbeit von morgen machen zu können und was für ihr Leben da rauszuholen zu können an dieser Stelle, dass es eben diese Brüche nicht gibt. Aber wenn wir über die Zukunft der Arbeit reden, dann darf der Wert der Arbeit nicht verschwiegen werden. Und wir sehen alle, es gibt tolle Chancen der Digitalisierung, auch das Leben humaner zu gestalten und die Arbeitswelt, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren.

Aber manchmal verwechseln einige Digitalisierung auch mit Ausbeutung, sage ich euch. Und das ist das, was ich in diesem Jahr erlebt habe. Ich durfte im Februar mal oder besser gesagt, ich musste im Februar mal einen Tag das machen, was man heute Home-Office nennt. Ich habe dabei übrigens festgestellt, das ist gar nicht so romantisch wie die SPD das manchmal in ihren Wahlprogrammen beschreibt. (Beifall)

Nee, ernsthaft! Der Grund war meine Tochter, die ist vier Jahre alt, jetzt fünf geworden, damals vier, die hatte Fieber und meine Frau hat gesagt: "Da musst du mal von zu Hause arbeiten. Ich gehe jetzt zur Arbeit." Ich habe erlebt, dass es vollkommen richtig und normal ist, aber ein bisschen anstrengend ist das. Man muss doch ein paar Akten machen, das Telefon klingelt, die Tochter ist krank, sie weint. Und dann war ich schon ein bisschen genervt.

Aber ich gebe eins zu, ich wurde noch gestresster, weil ungefähr dreimal die Stunde, bei uns, wir wohnen in einem großen Haus mit vielen Familien, die Glocke läutete, weil jemand ein Paket abgeben wollte. Und ich habe dann immer für die Nachbarn die Pakete angenommen. Das klingt so lustig. Aber ich habe dabei eins gelernt. Ich habe das statistisch noch mal nachgelesen mit den Paketen. In diesem Jahr werden in Deutschland 3,5 Milliarden Pakete ausgeliefert. Eine schier unvorstellbare Zahl, passt in meinen Kopf gar nicht rein. Knapp 80 Millionen Einwohner, 3,5 Milliarden Pakete. Und wir haben alle erlebt, wie das gelaufen ist, dass die großen Firmen und Bringdienste inzwischen dazu übergegangen sind, das nicht nur mit Stammpersonal zu machen, sondern vor allen Dingen mit Sub-Sub-Sub-Sub-Sub-Unternehmen.

Und ich war vor einem Jahr, kurz vor Weihnachten, bei den Kolleginnen und Kollegen der Betriebsräteversammlung, die ihr in Stuttgart hattet. Andrea Kocsis von der Post. Und ihr habt mir gesagt: DHL heißt das jetzt Post. Ihr habt mir gesagt: Sorgt dafür, dass es in diesem Bereich fairere Arbeitsbedingungen gibt. Sorgt dafür, dass wir nicht mit Dumpingangeboten zu kämpfen haben, wo Menschen ausgebeutet werden, in diesem Bereich. Sorgt dafür, dass nicht Sozialversicherungsbeiträge beschissen werden, von diesen Unternehmen. Und ihr habt mir ein Instrument genannt, das wir jetzt umsetzen. Nämlich, die Nachhaftung für die Generalauftragnehmer für die Sub-Unternehmer, dass die Sozialversicherungsbeiträge auch bezahlt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und auch da, es geht um faire Arbeitsbedingungen, um anständige Löhne. Aber auch um fairen Wettbewerb. Das muss auch im Interesse von anständigen Unternehmern sein, dass sie nicht im Wettbewerb mit Leuten konfrontiert sind, die sich nicht an Recht und Gesetz

halten. Und dann gab es großes Geschrei, auch in der Union. Das sei überflüssige Bürokratie.

Ich sage nein! Es geht um Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt. Und dafür brauchen wir die entsprechenden Gesetze und Instrumente. Und wir müssen dagegen auch vorgehen mit den Kontrollen des Zoll. Mit den Kolleginnen und Kollegen, die da arbeiten. Weil Gesetze das Eine sind, das Andere ist, es muss kontrolliert werden, und es muss durchgesetzt werden. Recht und Gesetz am Arbeitsmarkt, auch in diesem Bereich. (lebhafter Beifall)

Wenn wir wirklich darüber reden wollen, dass in diesen Zeiten rasanten Wandels Menschen Hoffnung haben, dann müssen wir Chancen und Schutz organisieren. Ich habe vorhin den amerikanischen Präsidenten angesprochen. Ich meine den früheren, aber ich will auch was sagen zum aktuellen. Man kann sich ja manchmal an den Kopf fassen, was man da täglich so liest. Und es macht viele Leute unsicher, was dieser Mann so von sich gibt. Aber wir müssen uns auch fragen, wie ist der eigentlich gewählt worden? Und von wem?

Ich war im Frühjahr in den USA, um mit meinem damaligen Arbeitsministerkollegen, der ist jetzt schon nicht mehr im Amt, zu reden, über Zölle, über berufliche Bildung. Aber als ich schon einmal drüben war, über dem Teich ... Und ich bin Linie geflogen, (Heiterkeit, Beifall) und auch nicht Ryanair, um das klar zu sagen. (Heiterkeit) Als ich drüben war, dachte ich, ich guck mich einmal um, ich bleibe nicht in Washington, sondern ich bin bewusst einmal in das alte industrielle Herz der USA gefahren, in diesen Rust Belt nach Michigan. Weil ich wissen wollte, wie in einem Staat, in dem die Arbeiter mehrheitlich immer demokratisch gewählt haben, weil die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen denen gesagt haben: Wählt einmal lieber Demokraten, als Republikaner, diesmal offensichtlich mehrheitlich einen gewählt haben, der Immobilienmilliardär aus New York ist, und ihnen als Erstes einmal die Krankenversicherung klaut. So eine verrückte Idee musste ja kommen. Und wenn man in Detroit unterwegs ist, wenn man diese Industriebrachen, diese Trostlosigkeit sieht, dann kann man einen Eindruck davon bekommen, wie viel Frust da sein muss, dass Menschen gegen ihre eigenen materiellen Interessen gewählt haben.

Das darf uns in Deutschland nicht passieren. Und das heißt auch, dass wir in Zeiten, in denen vieles unsicher geworden ist, und wir die Menschen nicht vor dem Wandel beschützen können, wir zwei, drei Dinge schaffen müssen, auf die Menschen sich wirklich verlassen können. Und dazu gehört, ein Kernversprechen unseres Sozialstaats zu erneuern, weil es brüchig geworden ist. Nämlich, dass Menschen nach einem Leben voller Arbeit im Alter einigermaßen ordentlich abgesichert sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. (lebhafter Beifall)

Und das ist der Hintergrund, warum ich im Februar einen Vorschlag gemacht habe, für die Grundrente. Die Grundrente löst nicht alle Probleme der Alterssicherung. Aber sie ist notwendig für Menschen, die trotz Arbeit, aufgrund von niedrigen Löhnen am Ende des Tages nicht mehr in der Tasche haben als die Grundsicherung.

Und es sind vor allen Dingen Frauen, die davon betroffen sind. Gerade hier in Ostdeutschland war die Frauenerwerbsbeteiligung zwar auf der einen Seite ja höher, als

im Westen. Aber auf der anderen Seite die Niedriglohnphase besonders hoch. Und dazu kommt übrigens, dass hier im Osten der Republik mehr Menschen als im Westen allein auf die gesetzliche Rente angewiesen sind und nicht noch eine betriebliche Altersvorsorge dazu haben.

Weil das so ist, sage ich euch, kämpfe ich für diese Grundrente. Und zwar eine Grundrente, ihr wisst, was ich meine, die in den nächsten Tagen geklärt werden muss, eine Grundrente, die den Namen auch verdient und nicht nur so tut als sei es eine Grundrente, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Und was viele in der Debatte noch nicht begriffen haben, ist der Unterschied zwischen Grundsicherung und Grundrente. Die Grundrente ist eine existenzsichernde Leistung, die Menschen bei Bedarf, also bei Bedürftigkeit bekommen und die muss man feststellen. Aber die Grundrente folgt dem Prinzip der Rentenversicherung. Und Rente ist nicht das Ergebnis von Bedürftigkeit, sondern der Lohn für ein Leben voller Arbeit. Das ist das Prinzip unserer Rentenversicherung, was einige noch begreifen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das haben Menschen sich erworben.

Nun will ich nicht, dass wir die Grundrente auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagen. Und die Wahrheit ist ja auch, es gab zwei Amtsvorgängerinnen vor mir, die sich schon mal daran versucht haben, Frau von der Leyen und auch in der letzten Legislaturperiode Andrea Nahles, die viel in der Rente geschafft hat, aber das nicht mehr hinkriegen konnte in der Koalition.

Das dritte Mal die Menschen zu enttäuschen, können wir uns nicht leisten. Deshalb wir werden verhandeln, wir werden auch Kompromisse machen. Aber ich werde keine faulen Kompromisse machen. Und das heißt, es muss klar sein, dass wir möglichst vielen Menschen, denen das zusteht, damit erreichen und dass wir sie nicht mit unnötiger Bürokratie natürlich belasten an dieser Stelle. Es ist etwas, was wir über die Rentenversicherung klären können, wo wir nicht nur unnötige Bürokratie haben, wo die Leute am Amt sich noch ausziehen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und ich sage euch, das ist notwendig, um das Vertrauen in diesem Sozialstaat zu stärken. Es sind Frauen, ich sage es noch einmal, zu 85 Prozent, die von meinem Vorschlag profitieren würden. Und die haben sich die Rente auch verdient. Und das sind keine Zahnarztgattinnen, wie ich das immer lese an dieser Stelle. Das sind Leute, die als Altenpflegerinnen, als Lagerarbeiter arbeiten. Das sind Friseurinnen und Friseure. (Beifall)

Es bleibt also viel zu tun für die Zukunft der Arbeit, den Wert der Arbeit. Aber ich will ernsthaft auch sagen, dass kann Politik und Staat nicht alleine schaffen. Ich habe vor kurzem den OECD-Generalsekretär bei uns gehabt, einen feurigen Mexikaner, Gurria heißt er. Er hat einen Report über die Zukunft der Arbeit in Deutschland vorgestellt. Das deckt sich ungefähr mit unseren Zahlen. Dann waren Journalisten da, die haben ihn gefragt, also Herr Gurria, wo hat Deutschland Probleme, und wir haben auch über

Probleme geredet. Aber irgendwann hat er einen Rappel bekommen und sagte den schönen mexikanisch-englischen Satz: "Everybody wants to be Germany". Jeder will Deutschland sein. Das, glaube ich zwar nicht, aber er meinte das in Bezug auf ein Gut, was wir im Wandel haben, was andere Staaten so nicht haben, nämlich die Fähigkeit, dass wir in diesem Land den Wandel aushandeln, dass er nicht verordnet wird. Und wir haben das mal Sozialpartnerschaft in Deutschland genannt. Und das kann der Staat nicht alles.

Wenn es in diesem Wandel soziale Verwerfungen größerer Natur gibt, dann wird der Ruf nach dem Staat, alles zu regulieren per Gesetz zu machen, sehr groß sein. Und, ob der Staat das immer schafft, das weiß ich nicht. Da ist es besser dafür zu sorgen, dass wir starke Gewerkschaften und auch übrigens starke Arbeitgeberverbände haben, die wieder die Arbeits- und Lohnbedingungen in diesem Land aushandeln. Und deshalb ist mein wichtigstes Ziel, im nächsten Jahr dafür zu sorgen, mit euch gemeinsam, dass wir wieder mehr Tarifbindungen in Deutschland schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist der bessere Weg. (Beifall)

Denn es lohnt ja nicht, ich sage es auch einmal ganz bewusst an die Arbeitgeberseite, in Sonntagsreden immer das Hohelied auf die Sozialpartnerschaft zu sagen, auf die Tarifautonomie Wert zu legen und zu sagen, der Staat soll sich raushalten und dann nichts zu tun.

Bei aller Freude, dass wir die Möglichkeit haben den Wandel auszuhalten, auszuhandeln. Nur noch 47 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind tarifgebunden. Und ihr wisst, wovon ich rede. Deshalb müssen wir alles tun, was wir unmittelbar tun können, was ihr unmittelbar tun könnt, um Tarifbindung zurückzuerlangen. Und ich will alles tun, dafür werde ich kämpfen müssen in dieser Koalition, dass wir den Rahmen auch verändern.

14 Bundesländer haben ein Tariftreugesetz in Deutschland, nur Bayern und Sachsen noch nicht. Auch das muss sich ändern. Aber warum hat verdammt noch mal der Bund eigentlich noch kein Tariftreugesetz? Wir können doch nicht mit öffentlichem Steuergeld Tariffucht noch unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Mein Problem ist, ich sehe zwar so aus, aber ich bin nicht der Bundeswirtschaftsminister. Das ist der andere korpulente Kollege in der Koalition. So, und dem muss ich das noch beibringen. Meine Bitte ist: falls und wenn ihr Peter Altmaier sieht, fragt ihn doch mal, ob wir das Vergaberecht nicht gemeinsam verändern können. Wir brauchen diesen Druck für faire Arbeitsbedingungen auch bei öffentlichen Aufträgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und ich werde versuchen, dass wir die Allgemeinverbindlichkeit nicht nur in der Pflege erleichtern, sondern insgesamt erleichtern, es kann doch nicht sein, dass in Bundesländern sich Sozialpartner einig sind über den Antrag, einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag zu stellen, und dann kommt irgend so ein Veto – Onkel aus Berlin. Denn genau das ist das Problem. Ich will, dass wir mehr Allgemeinverbindlichkeit herstellen können in Deutschland, aber auch dafür brauchen wir Druck. Wenn ihr so wollt, ihr müsst mich schubsen, damit ich die Anderen schubse, liebe Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle. (Beifall)

Und das betrifft auch eine ganz grundsätzliche Frage, die ich ins Spiel gebracht habe, nämlich: Hat nicht Sozialpartnerschaft und Tarifbindung auch eine staatsentlastende Funktion? Was ihr zwischen Kapital und Arbeit klärt muss der Staat nicht so sehr klären. Und weil das ein öffentliches Gut ist, muss man sich auch mal darüber unterhalten welche Vorteile haben eigentlich Beschäftigte auf der einen Seite und Unternehmen auch wenn sie tarifgebunden sind, wenn sie sich in Gewerkschaften engagieren oder im Arbeitgeberverband wirklich Mitglied sind und nicht nur OT. Und deshalb habe ich mal überlegt: Kann man nicht Dinge auch so stellen, dass es einen Anreiz gibt sich stärker zu engagieren? Wir können das nicht direkt verordnen, es gibt negative und positive Koalitionsfreiheiten nach unserer Verfassung.

Jetzt gibt es ja schon die Möglichkeit, dass man steuerlich auch zum Beispiel Gewerkschaftsbeiträge vortragen kann, das ist nur für viele ein Nullsummenspiel, weil das mit dem Arbeitgeberpauschbetrag verrechnet wird. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass, wer sich in einer Gewerkschaft für diese soziale Demokratie engagiert, auch zumindest seine Gewerkschaftsbeiträge richtig absetzen kann von der Steuer. Das finde ich das Mindeste an dieser Stelle. (Beifall)

Und vielleicht haben wir eines Tages auf der anderen Seite dann auch mal die Diskussion darüber, dass wir beispielsweise Unternehmen, die tarifgebunden sind, steuerlich anders behandeln als welche, die nicht gebunden sind an dieser Stelle. Vielleicht ist das für die, die dauernd nach Steuersenkung rufen, auch mal eine Idee, die wir diskutieren sollten in Deutschland. (Beifall)

Ich weiß aber, dass es nicht nur um Anreize, um Allgemeinverbindlichkeit, um öffentliche Auftragsvergabe geht, sondern dass wir auch den arbeitsrechtlichen Rahmen so stärken müssen, dass wir wieder auf Augenhöhe zu Verhandlungen kommen. Und da will ich Euch sagen, wird ein großes Thema im nächsten Jahr sein, das werden wir Ende des Jahres beginnen, die Frage, wie wir im Befristungsrecht tatsächlich zukünftig vorgehen. Da ist immer dieser Begriff von der sachgrundlosen Befristung. Lasst uns diesen Begriff mal wegnehmen und es als das bezeichnen, was es wirklich ist, nämlich willkürliche Befristung. Ich glaube das verstehen die Menschen eher. (Beifall)

Natürlich wird es in Deutschland immer auch irgendeine Form von Befristung mit Sachgrund geben, das ist doch keine Frage, wenn man jemanden einstellen muss für eine Elternzeitvertretung, ist das so zum Beispiel, aber dass Menschen erleben müssen, dass sie willkürlich sich von einer Kettenbefristung zur nächsten hangeln müssen, das ist nicht in Ordnung. Und jetzt mal ein offenes Wort: Das ist nicht nur ein Problem der Privatwirtschaft, sondern es ist vor allen Dingen auch ein Problem unseres Staates, der da kein gutes Beispiel ist als öffentlicher Arbeitgeber, auch das muss man mal feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich werde das angehen, wir werden nicht alles lösen können in dieser Koalition, aber wir wollen sie massiv zurückdrängen und ich bitte Euch dann, wenn es drauf ankommt, ganz herzlich um Eure Unterstützung, das wird für mich kein Spaziergang, wie, das geht ans Eingemachte. Und es wird wieder Initiativen und Gutachten geben, die behaupten die

soziale Wirtschaft geht unter wie schon damals beim Mindestlohn und jetzt gerade bei der Grundrente, das wird bei der sachgrundlosen Befristung auch passieren.

Lasst uns diesen Diskurs führen, lasst uns diesen Diskurs gewinnen, weil wir dafür sorgen wollen, dass Menschen tatsächlich im normalen Arbeitsverhältnis wieder die Chance haben ein Stück Planbarkeit im Leben zu haben.

Und wenn man einmal erlebt, wie junge Leute sich von einer Befristung zur nächsten hangeln, und sich dann ein Häuschen bauen wollen und nicht mal einen Kredit bekommen, weil die Bank sagt, du hast keinen unbefristeten Arbeitsvertrag, dann weiß man, dass das für die Sicherheit von Menschen im Leben wichtig ist, dass man nicht jedes Mal Angst haben muss, dass es wieder schon zu Ende ist, und das geht nur, wenn wir das Arbeitsrecht anpacken, liebe Kolleginnen und Kollegen, das will ich mit Euch schaffen. (Beifall)

Ich bedanke mich für eure Unterstützung, nicht nur heute, sondern für die gute Zusammenarbeit, auch die Hinweise von ver.di. Ihr wisst, ich bin nicht alleine in dieser Koalition, da sind noch andere Parteien. Man kriegt nicht immer alles hin, aber wenn wir Stück für Stück dafür sorgen, diesen Sozialstaat zu erneuern, diese Arbeitsgesellschaft zu gestalten, den Wandel anzunehmen, dann geben wir den Menschen die realistische Zuversicht, die unser Land braucht, damit es nicht ins Trudeln kommt.

Weder als Demokratie, noch als Marktwirtschaft, noch als Sozialstaat. Das ist der Weg, den ich mit Euch gehen will und ich wünsche Euch auf eurem Kongress dazu maximal super Beschlüsse. Die werde ich nicht alle sofort umsetzen können und manchmal bin ich vielleicht auch anderer Meinung, aber ich biete Euch an, eine Partnerschaft für die arbeitenden Menschen in diesem Land und ich weiß, dass Ihr Partnerinnen und Partner seid.

Ich habe das bei Frank Bsirske erlebt, ich erlebe das bei Frank Werneke und freue mich auf die Zusammenarbeit, lieber Frank Werneke, wie gesagt, in den nächsten 18 Jahren. Herzlichen Dank. (Heiterkeit) (Beifall)